HUMBOLDT-VIADRINA
Governance Platform

Tätigkeitsbericht 2018

Wir stärken Transparenz und Partizipation zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.

Datum: 29. November 2019

ÜBER DIE HUMBOLDT VIADRINA GOVERNANCE PLATFORM GGMBH 3

1. TRIALOGE® – EIN DELIBERATIVES DISKUSSIONSFORMAT ZUR FÖRDERUNG DES DEMOKRATISCHEN STAATSWESENS 4

1.1. Transdisziplinäre Trialoge in Kooperation mit dem Akademienprojekt „Energiesysteme der Zukunft“ 6

1.2. Transdisziplinäre Trialoge für eine „Neue Urbane Agenda Berlin“ 9

Exkurs: Transdisziplinarität als Chance für die Wissenschaft 10

1.3. Zukunft der Demokratie: Die Rolle der Wirtschaft 12

2. FÖRDERUNG VON TRANSPARENZ UND PARTIZIPATION DURCH GLOBALE MULTI-AKTEURS-PARTNERSCHAFTEN 14

2.1. Förderung von Transparenz und Partizipation in der globalen marinen Fischerei 15

2.2. Förderung von Transparenz des Klimahandelns der G20-Staaten 19

2.3. Europäische Flüchtlingsintegration als kommunale Entwicklung 22

In diesem Tätigkeitsbericht haben wir eine Vielzahl der von uns in 2018 durchgeführten Projekte und Initiativen beschrieben.

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, Sie Fragen zu unseren Aktivitäten oder Ideen für eine Zusammenarbeit haben, freuen wir uns auf Ihre Rückmeldung!

Kontakt:

HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH

Pariser Platz 6, 10117 Berlin

Internet: www.governance-platform.org

Über die HUMBOLDT VIADRINA Governance Platform gGmbH

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Erträge ausschließlich für gemeinnützige Zwecke verwendet werden (gGmbH). Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin.[1]

Wir setzen uns für die Förderung von demokratischen Prozessen und durchdachten Governance-Strategien in Deutschland, Europa und der Welt ein. Für uns gehört dazu wesentlich, die Legitimität und Nachhaltigkeit demokratischer Verfahren und Entscheidungen zu stärken, um somit einen Beitrag zur ***Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen*** zu leisten. Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftsrelevante Entscheidungen nur dann gestärkt und legitimiert werden können, wenn der Austausch zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verbessert wird. Aus dieser Grundüberzeugung heraus entwickeln wir Governance-Konzepte und Projekte für nachhaltige und gemeinwohlorientierte Lösungen unter der Beteiligung möglichst diverser Perspektiven.

Wir konzentrieren uns dabei insbesondere auf zwei Prinzipien von Good Governance: ***Transparenz*** und ***Partizipation***. Beide Grundprinzipien spielen als identitätsstiftende, vertrauensbildende und gemeinschaftlichkeitsfördernde Elemente eine herausragende Rolle zur Stärkung von Good Governance. Sie beeinflussen das Interaktionsverhältnis aller Akteure. Erst wenn alle Betroffenen und Beteiligten ihre Interessen offenlegen (Transparenz) und sich in einem deliberativen Entscheidungsprozess zu einem bestimmten gesellschaftlichen Problem einbringen können (Partizipation), ist es überhaupt faktisch möglich, einen nachhaltigen Konsens zwischen diesen Interessen auszumachen.

Durch die Nutzung innovativer partizipativer Verfahren, in denen die unterschiedlichen Perspektiven verschiedener Akteursgruppen ausgetauscht werden, wie etwa Multi-Akteurs-Partnerschaften oder die von uns entwickelten Trialoge®, machen wir Argumente und ihre Begründung transparent. Partizipative Verfahren erzeugen jedoch nicht nur durch Perspektivenaustausch eine Transparenz der Argumente; Partizipation benötigt ihrerseits auch Transparenz, d. h. alle relevanten Akteursgruppen müssen Zugang zu relevanten und für die Entscheidungsfindung notwendigen Informationen haben. Nur so können sich die Akteure effektiv in partizipativen Prozessen einbringen. Dies ist umso wichtiger bei großen gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich durch eine hohe Komplexität auszeichnen. Transparenz ist somit eine notwendige Voraussetzung, um ein gemeinwohlorientiertes Zusammenwirken von Politik, Unternehmen, der Zivilgesellschaft und Wissenschaft überhaupt erst zu ermöglichen. ***Partizipation und Transparenz greifen daher ineinander und sind gemeinsam Voraussetzungen für die nachhaltige Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.***

Unsere Aktivitäten beruhen auf dem Ansatz staatliche Akteure, Wirtschaft, organisierte Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien in jeweils unterschiedlichen Formaten mit dem Ziel zusammenzubringen, auf Herausforderungen aufmerksam zu machen, relevante Informationen transparent darzustellen, Konsense zu eruieren und kreative Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

[1] Im Folgenden als HUMBOLDT-VIADRINA abgekürzt.

1. Trialoge® – Ein deliberatives Diskussionsformat zur Förderung des demokratischen Staatswesens

Unsere Trialoge sind in der Regel ganztätige Veranstaltungen, die darauf abzielen, gesellschaftliche und politische Diskussionen fair und vertrauensbildend zu gestalten und Entscheidungsprozesse fundiert vorzubereiten. Das Trialog-Konzept ist ein von uns entwickeltes und erprobtes Format des deliberativen Austausches, um den Dialog zwischen Akteuren aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien zu organisieren und auszuwerten.

Durch ein auf Perspektivenvielfalt ausgelegtes Einladungsverfahren und einer öffnenden Moderation wird garantiert, dass eine Vielzahl an Positionen und Anliegen Eingang in die Diskussion finden – unabhängig von divergierenden Machtpositionen. Die Zusammensetzung der Teilnehmergruppe ist ein wichtiger Faktor für das Gelingen eines Trialogs: ein möglichst breites Spektrum an unterschiedlichen und oft auch antagonistischen Perspektiven ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die positiven Effekte der Perspektivenvielfalt im Sinne des Gemeinwohls genutzt werden können. Durchgängig werden bei den Trialogen auch Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen eingeladen, wodurch das bürgerschaftliche Engagement zugunsten gemeinnütziger Zwecke gestärkt wird.

In den Trialog-Veranstaltungen werden die von den Teilnehmer*innen vorgetragenen Positionen und Argumente ***„deliberativ“***, also in einem ethischen Diskurs, auf ihre Haltbarkeit bzw. Triftigkeit hin geprüft. In der Moderation der Trialoge achten wir darauf, dass die unterschiedlichen Begründungen miteinander in Bezug gesetzt werden. So entwickeln sich Diskurse, die möglichst breit akzeptierbare Lösungen für politische und gesellschaftliche Fragen sichtbar machen.

Die Ergebnisse eines Trialogs müssen nachvollziehbar sein und nachhaltig auf politische Entscheidungsverfahren einwirken. Zu unserem Trialog-Konzept gehört deshalb auch eine gründliche Aufbereitung der Ergebnisse. Wir ermitteln durch eine methodisch reflektierte qualitative Textanalyse die Schnittstellen der unterschiedlichen Argumentationen. So stellen wir fest, welche Themen, Argumente und Begründungen der unterschiedlichen Akteure tatsächlich aufeinander Bezug nehmen und welches Gewicht Themen und Argumenten zukommt. Unser Ziel ist es, in zumeist öffentlich zugänglichen Berichten valide Grundkonsenskorridore aufzuzeigen, um beispielsweise im Vorfeld politischer Entscheidungen mögliche Wege offen zu legen, die auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz treffen würden.

Im Unterschied zu traditionellen Anhörungen, Lobby-Gesprächen oder Sachkonferenzen bieten unsere Trialoge eine breitere Basis der Erkenntnisse und erhöhen so die Chance auf Nachhaltigkeit. Davon profitieren alle Akteurs-Gruppen. Denn: ***eine Erkenntnis ist umso haltbarer, je zahlreicher die Perspektiven sind, die in ihr zum Tragen kommen***.

Trialoge tragen als Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen zur politischen und themenspezifischen Bildung der Gesellschaft bei. Durch die gemeinsame Erarbeitung von Lösungen zu gesellschaftlichen Fragestellungen mit unterschiedlichen Akteuren stärken sie das demokratische Staatswesen.

Kurzübersicht zu unseren Trialogen in 2018:

Es wurden sieben Trialoge durchgeführt (alle in Berlin), an denen knapp 400 Teilnehmer*innen teilgenommen haben:

©Jens Schicke

- 23. Februar 2018 | „Energiesysteme der Zukunft: Bioenergiepotenziale richtig bewerten und nutzen, Nebenwirkungen eindämmen. Wie soll eine langfristige Bioenergiestrategie gestaltet sein?“
- 28. Mai 2018 | „Energiesysteme der Zukunft: (De)zentralisiert! Die Balance für ein nachhaltiges, zuverlässiges und bezahlbares Energiesystem finden“
- 25. Juni 2018 | „Neue Urbane Agenda Berlin: Urbane Mobilität – Welche Verkehrswende braucht Berlin?“
- 17. September 2018 | „Wer trägt Verantwortung für die Demokratie der Zukunft? Demokratie und Marktwirtschaft – Nur gemeinsam stark?“
- 04. Oktober 2018 | „Neue Urbane Agenda Berlin: Zuwanderung nach Berlin - Chancen und Herausforderungen für die wachsende Stadt“
- 23. Oktober 2018 | „Energiesysteme der Zukunft: Strommarkt 2.0. – flexibel, sicher, effizient“
- 04. Dezember 2018 | „Wer trägt Verantwortung für die Demokratie der Zukunft? Unternehmen im Spannungsverhältnis zwischen Gewinn und Gemeinwohl?“

Insgesamt haben wir mehr als 35 Stunden Trialog-Diskussion aufgezeichnet, transkribiert und je nach Auftraggeber mit Methoden der qualitativen Sozialforschung ausgewertet. Diese Ergebnisse wurden in umfassenden Berichten aufgearbeitet. Die Berichte zu allen Trialogen wurden den jeweiligen Auftraggebern zur Verfügung gestellt und sind auf unserer Webseite unter www.governance-platform.org/mediathek öffentlich zugänglich.

1.1. Transdisziplinäre Trialoge in Kooperation mit dem Akademienprojekt „Energiesysteme der Zukunft“

Wir führen bereits seit 2015 in Zusammenarbeit mit dem Akademienprojekt „Energiesysteme der Zukunft“ (ESYS) Trialoge für die wissenschaftlichen Arbeitsgruppen des Akademienprojekts zur Förderung von Wissenschaft und Forschung durch.[2]

Rund 100 Expert*innen aus Wissenschaft und Forschung erarbeiten in dem ESYS-Projekt Analysen und Stellungnahmen zur Umsetzung einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung. Damit Positionen und Interessen gesellschaftlicher Akteure in die Arbeit einfließen können, tauschen sich die ESYS-Arbeitsgruppen in verschiedenen Dialogformaten mit ihnen aus. Eines dieser Dialogformate wird von uns im Format der Trialoge organisiert.

Die Trialoge dienen der intensiven, begründeten Diskussion zwischen Fachleuten jeweils einer ESYS-Arbeitsgruppe zu einem bestimmten Thema mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Durch die Verknüpfung von wissenschaftlichem und gesellschaftlichem Wissen wird eine breite Basis der Erkenntnis hergestellt. Potenzielle Konfliktlagen zwischen den teilnehmenden Akteuren werden dabei sondiert, Diskussionshemmnisse und Stimmungsbilder aufgezeigt. Die Ergebnisse sollten in der weiteren Arbeit der Arbeitsgruppen und den abschließenden Analysen und Stellungnahmen berücksichtigt werden und die Anschlussfähigkeit der wissenschaftlichen Arbeit schärfen

In der ersten Projektphase 2015 wurden drei thematische Trialog-Veranstaltungen durchgeführt, in der aktuellen zweiten Phase bis 2019 insgesamt acht weitere Trialoge. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

In der Zusammenarbeit mit ESYS wurden 2018 insgesamt drei Trialoge durchgeführt.

[2] Mehr Informationen über das Akademienprojekt „Energiesysteme der Zukunft“ finden Sie unter: https://energiesysteme-zukunft.de/

Trialog: Bioenergiepotenziale richtig bewerten und nutzen, Nebenwirkungen eindämmen. Wie soll eine langfristige Bioenergiestrategie gestaltet sein? |23. Februar 2018 in Berlin

Biomasse steuert zur Energiebereitstellung in Deutschland derzeit mehr bei als alle anderen erneuerbaren Energien zusammen und liefert aktuell sowohl Wärme und Strom als auch Kraftstoffe. Viele Studien deuten darauf hin, dass eine Energiewende ohne Bioenergie wesentlich schwieriger und teurer werden würde, da Bioenergie fossile Brennstoffe ersetzen kann. Diesem potenziellen Beitrag zum Klimaschutz stehen allerdings erhebliche Risiken durch unerwünschte Nebeneffekte der Bioenergienutzung gegenüber. Denn bleiben Nachhaltigkeitskriterien außer Acht, verursacht der Anbau von Energiepflanzen Treibhausgase, wirkt sich negativ auf Artenvielfalt und Bodenqualität aus und belastet die Gewässer.

Welchen Beitrag Bioenergie für die zukünftige Energieversorgung in Deutschland leisten kann und welche Rolle Bioenergie mit Kohlendioxidabscheidung und Speicherung (CCS) für den Klimaschutz spielen soll, waren die Leitfragen der Diskussion.

Trialog: (De)zentralisiert! Die Balance für ein nachhaltiges, zuverlässiges und bezahlbares Energiesystem finden |28. Mai 2018 in Berlin

Das Energiesystem wird in vielen Bereichen immer dezentraler. Neben den 100 Kraftwerken, die Deutschland seit Jahrzehnten versorgen, sind mittlerweile viele kleine Erzeuger entstanden. Ob bei Photovoltaik-Dachanlagen oder Windkraftanlagen – die Erzeuger sind meist Genossenschaften oder Privatpersonen, sogenannte „Prosumer“. Während einige Akteure hinsichtlich dieser Entwicklung die neuen Chancen zur Beteiligung hervorheben, weisen andere auf die höheren Kosten eines dezentraleren Energiesystems hin.

Es wurde grundsätzlich diskutiert, wie unser Energiesystem 2050 aussehen soll und wie die Entwicklungen des Energiesystems in eine dezentralere oder zentralere Richtung – mit Blick auf Gesamtkosten, Akzeptanz oder Arbeitsplätze – zu bewerten sind.

Trialog: Strommarkt 2.0. – flexibel, sicher, effizient|23. Oktober 2018 in Berlin

Der Anteil erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Um die volatile Einspeisung ausgleichen zu können, müssen große Kraftwerke künftig flexibel betrieben werden, es braucht Lang- und Kurzzeitspeicher und neue Modelle für einen stärker angebotsorientierten Stromverbrauch. Darüber hinaus müssen auch im Wärme- und Verkehrssektor die CO_2-Emissionen sinken. Das kann gelingen, wenn regenerativ erzeugter Strom auch zum Heizen und Fahren genutzt wird. Dafür ist unser System bisher jedoch nicht ausgelegt. Das Marktdesign muss angepasst werden.

Diskutiert wurde unter anderem: Wie sollte das Marktdesign mit Anreizen für flexible Erzeugung und Verbrauch, Umlagen, Abgaben und Steuern gestaltet werden, um einen fairen Wettbewerb zwischen Strom-, Wärme- und Verkehrssektor zu ermöglichen? Welche Rolle kommt hierbei einer Bepreisung der CO_2-Emissionen zu.

Sonstige Aktivitäten unseres Trialog-Bereichs Energiewende

- Frühjahr 2018: Weiterentwicklung und Vorstellung eines Prototyps zur Visualisierung der Trialog-Diskussion mit Hilfe des Online-Tools *debategraph.org*
- April 2018: Interview mit dem Joint Institute for Innovation Policy zur Beteiligung von Zivilgesellschaft in Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen am Beispiel der Energiewende für die Europäische Kommission
- Mai 2018: Vorstellung des Trialog-Konzepts bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) im Rahmen des Methodenfrühstücks „Trialoge -Transsektorale Policy-Dialoge gestalten“
- September 2018: Vorstellung der Trialoge auf dem Creative Bureacracy Festival des Tagesspiegels - Paneldiskussion “Kreative Bürger vs. nimmersatte Pöbler? Wie Partizipation gelingt”
- September 2018: Vorstellung der Trialoge auf dem zweitägigen Workshop “Sustainability: platforms to facilitate deliberative policy learning” organisiert durch das Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC Berlin)
- November 2018: Mitglied der Jury-Sitzung “Energie-Kommune des Jahrzehnts” bei der Agentur für Erneuerbare Energien
- Dezember 2018: Teilnahme am Heinrich-Böll Workshop in Katowice, Polen im Rahmen der French-German-Polish Progressive Leader Dialoge Platform “European Structural Change“

1.2. Transdisziplinäre Trialoge für eine „Neue Urbane Agenda Berlin“

Für die Zukunft Berlins ist es wichtig, die Verkehrsinfrastruktur an zukünftige Bedarfe anzupassen, Lösungen zur Integration von Zugewanderten umzusetzen, den zunehmenden Tourismus nachhaltig zu gestalten, sowie den Bewohnerinnen und Bewohnern bedarfsgerechten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Das transdisziplinäre Projekt „Neue Urbane Agenda Berlin“ möchte zum Verständnis aktueller und zukünftiger Herausforderungen der wachsenden Stadt beitragen und strebt die verständigungsorientierte Auseinandersetzung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessengruppen an. Mittels Trialogen sollen unter Beteiligung aller Stakeholder – aus Politik und Verwaltung, organisierter Zivilgesellschaft, lokaler Wirtschaft und Wissenschaft – konkrete transdisziplinäre Handlungsstrategien entwickelt und neue Impulse für die Berliner Stadtgesellschaft gesetzt werden.

Innerhalb der zwei Jahre Projektlaufzeit (2018 bis 2020) veranstalten wir – in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität (TU) Berlin – vier Trialoge mit vier darauffolgenden trialogischen Forschungsgruppen zu den stadtpolitischen Herausforderungen Mobilität, Zuwanderung, Wohnen und Tourismus.

Diese vier urbanen Handlungsfelder sind für die Stadt Berlin von hoher Relevanz, wie auch im Koalitionsvertrag der Landesregierung deutlich wird. Mit dem Projektkonzept der transdisziplinären Trialoge bietet sich dem Land Berlin die Chance, diese akuten und mittelfristigen stadtpolitischen Themen vertrauensvoll und partizipativ zu diskutieren und im Austausch zukunftsfähige Lösungsansätze zu entwickeln. Zugleich sollen die städtischen Bewohner*innen, neben Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, als verantwortliche Entwicklungsakteure gesehen, befähigt und bestärkt werden.

Dabei wird der gesamte transdisziplinäre Prozess – von der Definition eines Handlungsfeldes oder einer Forschungsfrage, über die Entwicklung eines konkreten Projektdesigns bis hin zu der Umsetzung des Projektes – durch das Projektteam der TU, angesiedelt im Präsidialbereich der Vizepräsidentin Prof. Dr.-Ing. Christine Ahrend für Forschung, Berufungsstrategie und Transfer, aktiv begleitet. Ziel des Projekts ist den aktuellen Forschungsbedarf aufzudecken, neue Erkenntnisse und neues Wissen durch Verständigung

zu generieren, um Handlungsoptionen abzuleiten und diese in Modellvorhaben weiterzuentwickeln und zu erproben.

Trialog I: Urbane Mobilität: Welche Verkehrswende braucht Berlin? | 25. Juni 2018 in Berlin

Der erste Trialog beleuchtete die Mobilitätsbedürfnisse einer modernen Stadtgesellschaft. Wie wir uns in Zukunft in der Stadt bewegen, mit welchen Verkehrsmitteln wir Güter transportieren oder wie wir mit minimaler Umweltbelastung mobil sein können – diese Fragen wurden im Trialog diskutiert.

Trialog II: Zuwanderung nach Berlin: Chancen und Herausforderungen für die wachsende Stadt |04. Oktober 2018 in Berlin

Die Teilnehmenden des Trialogs diskutierten über die wachsende Stadt Berlin. Ziel war es, ein gemeinsames Verständnis über Chancen und Herausforderungen zu formulieren, die sich durch Zuwanderung nach Berlin ergeben.

Exkurs: Transdisziplinarität als Chance für die Wissenschaft

Transdisziplinarität wird als Forschungsprinzip in Deutschland immer wichtiger. Unter Transdisziplinarität (verstanden als über die Disziplinen hinausgehende Forschung) wird die Öffnung der Forschung für Kooperationen mit nichtwissenschaftlichen Akteuren verstanden. Idealerweise findet das Wissen der unterschiedlichen Akteure bereits in die Beschreibung von Herausforderungen und in die Definition von Forschungsfragen Eingang. Durch Transdisziplinarität kann die Wissenschaft ihre Problemlösungskompetenz für gesellschaftliche Herausforderungen verbessern. Transdisziplinäre Forschung ist dabei in der Regel auf die Lebenswelt bezogen.

Disziplinäre Forschung tendiert dazu, Wissen immer weiter zu konkretisieren. Je mehr man weiß, desto fundierter kann man sich weitere Details erschließen. Andererseits gibt es neue Disziplinen, die aus der interdisziplinären Zusammenarbeit anderer Fachrichtungen hervorgegangen sind wie beispielsweise die Robotik, die aus Maschinenbau, Elektrotechnik und Informatik entstand und sich durch kombiniertes Wissen auszeichnet. Anwendungsorientierte Forschung für die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen erfordert von Wissenschaftler*innen neben ihrem disziplinären und interdisziplinären Verständnis, methodisch in der Lage zu sein, andere Wissensformen zu verstehen, also

Wissen über traditionelle wissenschaftliche Erkenntnisgrenzen hinaus zu erweitern. Transdisziplinarität kann insofern die Kreativität und Innovationskraft von Wissenschaft fördern.

Transdisziplinäre Forschung kann für die Wissenschaft neue Impulse setzen, sie kann Wissen verbreitern und Qualität, Kreativität und Innovation durch die Erschließung neuer Zusammenhänge und die Integration von außerwissenschaftlichem Wissen und bisherigen Forschungsergebnissen steigern. Etablierte Fachgebiete und ihre innerwissenschaftlichen, interdisziplinären Kooperationen können durch die Auseinandersetzung mit den methodischen Besonderheiten und außeruniversitären Wissensbeständen und -formen profitieren. Folgende Aspekte stehen dabei im Mittelpunkt des Interesses:

- **Wertvolle Lösungen durch Integration:** Integration statt Addition von Forschungsergebnissen führen zu wertigeren Lösungen. Die generative Vermehrung und Entwicklung von Wissen und Methoden können die Evolutions- und Innovationsfähigkeit der Disziplinen steigern.

- **Relevante Forschungsfragen erschließen:** Der Austausch mit außeruniversitären Wissensträger*innen kann zur Erschließung neuer, auch disziplinärer Forschungsfragen und Zusammenhänge beitragen.

- **Identität der Disziplinen reflektieren:** Eine aktive, projektbezogene Integration der Wissenschaftsbereiche auf kognitiver, sozialer, kommunikativer, organisatorischer und technischer Ebene kann zur Stärkung der Identität der eigenen Disziplin beitragen – und ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Fachkonkurrenz. Transdisziplinäres Arbeiten bietet die Chance zur Selbstreflexion der Disziplinen.

- **Überfachliche Qualifizierung:** Die Entwicklung eines kontextspezifischen Denkstils stellt eine überfachliche Qualifikation dar, um auf neue Herausforderungen innovativ reagieren zu können. Die Qualifizierung von besonders gesellschaftsrelevanten Wissenschaftler*innen stellt ein Alleinstellungsmerkmal dar.

- **Legitimation der Universitäten:** Die Auseinandersetzung mit politischen, gesellschaftlichen und praktischen Realitäten der Universitäten ist im Sinne ihres gesellschaftlichen Auftrags und führt damit zur Legitimation der Universitäten. Wachsende Aufmerksamkeit auf die Arbeit der Universitäten bei anderen gesellschaftlichen Gruppen der Stadtgesellschaft können zu deren Reputation beitragen.

1.3. Zukunft der Demokratie: Die Rolle der Wirtschaft

Liberale Demokratien bieten ihren Bürger*innen heute ein Wohlstandsniveau wie kein anderes politisches System. Als Staatsform genießt die Demokratie allgemein sehr hohe Zustimmung in der Gesellschaft – ihre tägliche Praxis wird jedoch zunehmend skeptisch bewertet.

Die Lebenswelten der Menschen verändern sich durch Globalisierung und Digitalisierung. Es bieten sich einerseits neue Chancen und Möglichkeiten, andererseits entsteht Verunsicherung. Viele Bürger*innen fragen sich, ob Politik – aber auch Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – in der Lage ist, die passenden Lösungen für die neuen Herausforderungen zu finden. Es ist höchste Zeit darüber zu diskutieren, wie Wirtschaft, Politik, organisierte Zivilgesellschaft und Wissenschaft so interagieren können, dass Demokratie und Wirtschaft nachhaltig zusammen funktionieren.

Tragfähige Lösungen brauchen die Beteiligung aller relevanten Akteursgruppen. Die besondere Methode unserer Trialoge eröffnet diese notwendige Perspektivenvielfalt und schafft die Möglichkeit, in einer vertrauensvollen Atmosphäre Argumente auszutauschen und Handlungsoptionen auszuloten. Trialoge sind zugleich praxisnah und partizipativ gestaltet, indem theoretische, oft komplexe Hintergründe mit anschaulichen aktuellen und praxisrelevanten Themen und Fragestellungen verknüpft werden.

In unserer Reihe „Wer trägt Verantwortung für die Zukunft der Demokratie?“ haben wir 2018 in zwei eintägige Veranstaltungen[3] eine längst fällige Diskussion angestoßen und insbesondere die Rolle der Wirtschaft im Zusammenspiel mit Politik und organisierter Zivilgesellschaft offen, kontrovers und für alle bereichernd diskutiert.

Eine gemeinsame Initiative von:

EVZ STIFTUNG ERINNERUNG VERANTWORTUNG ZUKUNFT

HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform

[3] Eine dritte Veranstaltung wurde in 2019 durchgeführt.

Trialog I: Demokratie und Marktwirtschaft – Nur gemeinsam stark?

| 17. September 2018 in Berlin

Im ersten Trialog wurden Grundwerte herausgearbeitet und diskutiert, auf denen Demokratie und Marktwirtschaft basieren.

Unterscheiden sich diese systematisch? Stehen zentrale Prinzipen wie Gerechtigkeit und Gewinnmaximierung im Widerspruch zueinander? Brauchen marktwirtschaftliche Systeme überhaupt Demokratien und Zivilgesellschaft?

Aber auch: Was verbindet Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft, was sind die zentralen Gemeinsamkeiten, bei welchen Zielen stimmen sie überein?

Trialog II: Unternehmen im Spannungsverhältnis zwischen Gewinn und Gemeinwohl?

| 04. Dezember 2018 in Berlin

Gesellschaft und Politik richten Erwartungen an die Wirtschaft, z.B. an deren Standortpolitik, an ihre Bereitschaft im Inland Steuern zu entrichten und Umweltschutzauflagen zu erfüllen.

Aber sind alle diese Erwartungshaltungen legitim und gerechtfertigt? Welche moralischen Verpflichtungen haben Unternehmen gegenüber Gesellschaft und Staat? Und in welchem Verhältnis steht die allgemeinere soziale Verantwortung von Unternehmen zu ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Arbeitnehmer*innen und AnteilseignerInnen?

Im zweiten Trialog wurde anhand von Praxisbeispielen diskutiert, welche Rahmenbedingungen ein markwirtschaftliches System benötigt und welche Anreize der Wirtschaft gesetzt werden können, damit demokratische Werte und Ziele für Unternehmen entscheidungsrelevant werden.

2. Förderung von Transparenz und Partizipation durch globale Multi-Akteurs-Partnerschaften

Ziel der HUMBOLDT-VIADRINA ist es, demokratische Prozesse und durchdachte Governance-Strategien in Deutschland, Europa und der Welt fördern. Weiterhin soll die Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren gefördert werden, um Verständigung durch einen argumentativen Austausch zugunsten nachhaltiger Politik zu ermöglichen und Transparenz, demokratische Partizipation und Verantwortlichkeit der Bürger zu stärken.

Wir konzentrieren uns dabei insbesondere auf die beiden Good Governance-Grundprinzipien **Transparenz** der Entscheidungen und **Partizipation** derjenigen, die Entscheidungen unterworfen sind. Beide Grundprinzipien spielen als identitätsstiftende, vertrauensbildende und gemeinschaftlichkeitsfördernde Elemente eine herausragende Rolle

Unser Verständnis von Good Governance geht normativ von verfassten Demokratien aus, deren Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse durch neue Akteure und Verfahren ergänzt werden müssen, um die Prinzipien Verantwortlichkeit, Transparenz und Partizipation wirksamer umzusetzen. Im politischen Bereich müssen auf allen Ebenen im vorstaatlichen Raum Verständigungsprozesse dafür sorgen, dass die repräsentativ-demokratisch legitimierten Entscheidungen transparenter, kompetenter und gerechter ausfallen, um der gleichen Würde aller Menschen – dem normativen Fundament von Demokratien – besser zur Wirksamkeit zu verhelfen. Als effektiv und erfolgreich dafür haben sich argumentative Auseinandersetzungen – „Deliberation“ und „antagonistische Kooperation“ – zwischen staatlicher Politik, Vertretern des Unternehmenssektors und der organisierten Zivilgesellschaft (einschließlich Gewerkschaften und Kirchen) herausgestellt. Zugleich soll die Wissenschaft ihre Einsichten in diese Auseinandersetzung einspeisen und Medien für die Kommunikation dieser Verständigungsprozesse sorgen.

Good Governance ist kein abgeschlossenes Modell, sondern lernt aus Erfahrungen und entwickelt sich immer weiter, um dem Ziel der gleichen Würde aller Menschen global zur Durchsetzung zu verhelfen.

Die Förderung der Good Governance und des demokratischen Staatswesens möchten wir durch verschiedene Projekte unterstützen, die jeweils einen Multi-Akteurs-Ansatz verfolgen. Durch das Zusammenbringen der unterschiedlichen Positionen der verschiedenen Akteure können sie neue Lösungshorizonte eröffnen, gegenseitiges Verständnis fördern und Lernprozesse anregen. Sie bieten die Chance, festgefahrene gesellschaftliche Debatten aufzubrechen und die Problemdefinition aus einer stärker integrierten Sicht zu betrachten.

2.1. Förderung von Transparenz und Partizipation in der globalen marinen Fischerei

Das Verständnis für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Fischerei ist mittlerweile weit verbreitet. Die damit verbundenen Vorteile umfassen nicht nur wirtschaftliche, soziale und ökologische; eine vorausschauende Fischerei- und Ressourcennutzungspolitik leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit. Länder auf der ganzen Welt engagieren sich daher in nationalen, regionalen und globalen Initiativen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt der Meere und unterstützen den Fangfischereisektor bei der Bereitstellung von Einkommen und Nahrungsmitteln für Millionen von Menschen.

Die Wichtigkeit des Fischereisektors wird auch durch die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen widergespiegelt. Ziel 14 (Leben unter dem Wasser) lautet „Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen."

Für eine nachhaltige Entwicklung der Fischerei gibt es viele Möglichkeiten; es besteht jedoch Einigkeit darüber, dass die öffentliche Verfügbarkeit glaubwürdiger Informationen ein wesentlicher Bestandteil ist. Diesem Ziel hat sich die von uns initiierte Fisheries Transparency Initiative (FiTI) verschrieben. FiTI ist eine globale Multi-Akteurs-Partnerschaft zur Stärkung von Transparenz und Partizipation für eine nachhaltige Fischerei.

Die der FiTI zugrundeliegende Überzeugung (Theory of Change) besteht darin, dass die öffentliche Bereitstellung von Informationen hinsichtlich des Managements der nationalen, marinen Fischerei die Nachfrage nach Rechenschaftspflicht anregt und somit zu einer besseren und demokratischeren Entscheidungsfindung in der Fischerei- und Ressourcennutzungspolitik führen wird. Jedoch wird die Verbesserung von Transparenz nur zu echten Veränderungen führen, wenn die öffentlich bereitgestellten und zugänglichen Informationen auch als glaubwürdig angesehen werden.

Daher basiert FiTI auf einer eindeutigen Multi-Akteurs-Orientierung:

- Auf *nationaler Ebene* wird FiTI in teilnehmenden Ländern durch Multi-Akteurs-Gruppen umgesetzt, die sich aus Vertreter*innen der nationalen Regierung, der Wirtschaft (industrielle Fischerei und Kleinfischer) und der organisierten Zivilgesellschaft zusammensetzen. Jedes teilnehmende Land wird

auf Basis eines festgelegten Prozesses (gemäß dem FiTI Standard) regelmäßig über den Stand der öffentlich zugänglichen Informationen berichten und bei Bedarf Verbesserungen an der Transparenz und Partizipation herbeiführen.

- Auf *internationaler Ebene* wird FiTI durch ein Multi-Akteurs-Verwaltungsrat geleitet, was sich ebenfalls aus internationalen Vertreter*innen von Regierungen, Wirtschaft und der organisierten Zivilgesellschaft zusammensetzt. Die FiTI „gehört“ also keiner eigenen Organisation oder Akteursgruppe alleine – sie ist eine Multi-Akteurs-Partnerschaft im Sinne der Vereinten Nationen Nachhaltigkeitsziele.

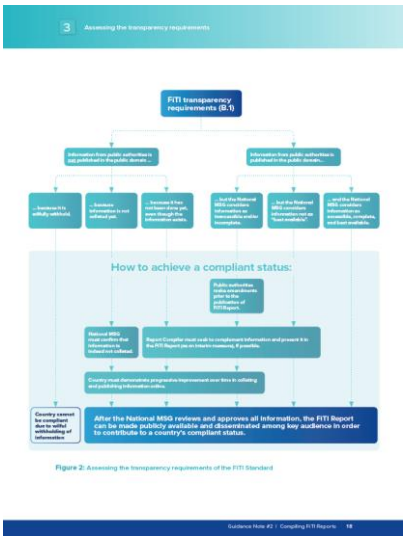
Wir haben auch in 2018 als Internationales Sekretariat der Initiative fungiert. Der Arbeitsschwerpunkt der Initiative lag in diesem Jahr in der Implementierung des in 2017 finalisierten Transparenzstandards in den ersten Ländern, etwa Mauretanien und Seychellen.

Ein Highlight war die öffentliche Bekanntgabe der Regierung der Seychellen auf der internationalen „Our Ocean“ Konferenz in Bali, Indonesien, ab 2019 das Internationale Sekretariat der FiTI auf die Seychellen zu holen. Damit haben wir unserem Ziel als Inkubator von Multi-Akteurs-Initiativen einen großen Erfolg erzielt und freuen uns auf eine erfolgreiche Übergabe und Weiterführung dieser immens wichtigen Initiative.

www.fisheriestransparency.org

In 2018 haben wir eine ganze Reihe an Aktivitäten für die die Fisheries Transparency Initiative durchgeführt – hier eine Auswahl:

- Es wurden Ländermission nach Seychellen (September 2018), Guinea (Oktober 2018), Senegal (November 2018) und Mauretanien (November 2018) durchgeführt.
- Darüber hinaus wurde FiTI im November 2019 in Ghana den unterschiedlichen Akteuren vorgestellt. Ein erster Entwurf für eine Roadmap in Ghana wurde erstellt und vorgestellt
- Eine länderspezifische Roadmap wurde für Senegal erstellt und mit den Akteuren besprochen.
- Darüber hinaus wurden die konzeptionellen Schritte für die Einreichung einer Candidate Application mit Akteuren in Guinea besprochen.
- Veröffentlichung des Handbuchs „Compiling FiTI Reports“ zur Erstellung von FiTI Jahresberichten

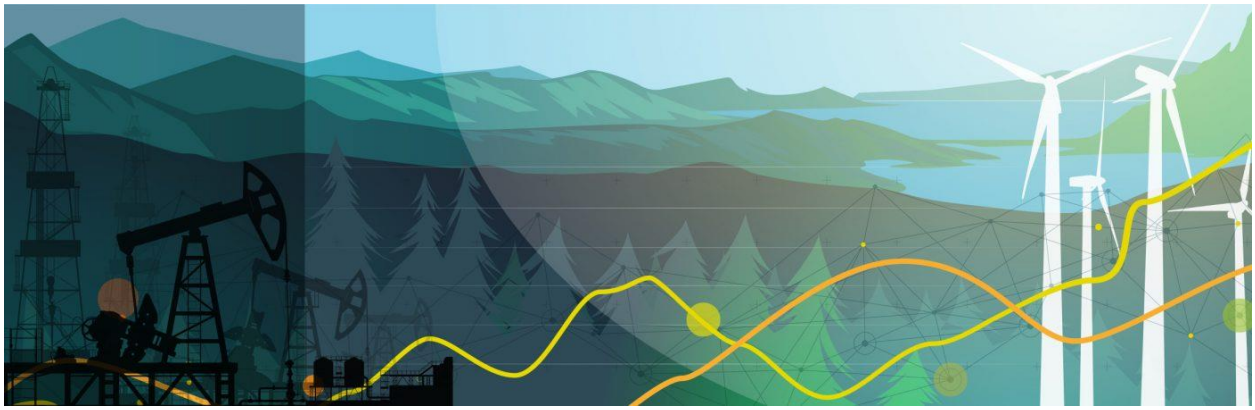


- Durchführung des 5. Internationalen Treffen des globalen Verwaltungsrates am 12. und 13. Dezember 2018 in Berlin

- Definierung eines organisatorischen und legalen Handlungsrahmen für die legale Institutionalisierung des FiTI Internationalen Sekretariats auf den Seychellen (also globale Mitgliedsorganisation)
- Aktive Teilnahme an folgenden Konferenzen, unter anderem:
  - Our Oceans Konferenz auf Bali/Indonesien im Oktober 2018
  - WTO Public Forum (organisiert durch die FAO) im Oktober 2018 in Genf/ Schweiz
  - Zweite Regionalkonferenz des Fisheries Committee fort he West Central Gulf of Guinea in West Afrika (Lagos/Nigeria, November 2018)

Finanzierung: Auch 2018 mussten wir wieder über weite Strecken die Fisheries Transparency Initiative (FiTI) durch pro bono-Leistungen unserer Organisationen bestreiten. Zur Mitte des Jahres kam dann eine finanzielle Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hinzu. Ohne diese Förderung hätten wir Ende 2018 die FiTI einstellen müssen.

2.2. Förderung von Transparenz des Klimahandelns der G20-Staaten



Climate Transparency

Um die Folgen des globalen Klimawandels zu minimieren, ist eine schnelle Dekarbonisierung durch ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen von Staaten unabdingbar. Die Umsetzung des Pariser Abkommens und die Analyse der nationalen Klimabeiträge (NDCs) erfordern ein transparentes Monitoring System. Erhöhte Transparenz von Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere durch unabhängige evidenzbasierte Assessments, kann zur Bewusstseinsstärkung und erhöhtem Handlungsdruck beitragen.

Eine schnelle Dekarbonisierung erfordert eine starke Führungsrolle von Regierungen – die G20, verantwortlich für ca. 80% der globalen Treibhausgase, ist hier die wichtigste Ländergruppe. Die argentinische G20 Präsidentschaft 2018 bat eine einmalige Gelegenheit, ambitionierten Klimaschutz voranzutreiben. Zivilgesellschaft, Medien, Unternehmen und die Wissenschaft tragen zum Wandel auf nationaler Ebene bei. Während Industriestaaten eine historische Verantwortung tragen, ihre Emissionen stark zu reduzieren, sind schnelle Transformationen in Schwellenländern und ihre politische Führung – gerade in Zeiten einer geschwächten Führungsrolle der USA und EU in der Klimapolitik – von gleicher Bedeutung.

Transparenz verbessern: Gemeinsames Handeln verlangt gemeinsame Referenzrahmen und erhöhte Transparenz. Um dies zu erreichen, vereint Climate Transparency die wichtigsten Klima-Assessments und Expertise verschiedener Institutionen aus G20 Ländern in dem jährlich erscheinenden „Brown to Green Report“. Gemeinsam zeigen Experten anhand von unabhängigen, vergleichbaren und umfassenden Daten (80 Indikatoren) auf, wie weit der Umbau von der fossilen zur grünen Wirtschaft in den einzelnen G20 Ländern fortgeschritten ist. Der Bericht enthält anschauliche Informationen zu Emissionsminderung, Vulnerabilität und Finanzen.

Einfluss von Assessments auf Klimapolitik steigern: Mithilfe dieser Informationen möchte Climate Transparency das Bewusstsein auf nationaler und internationaler Ebene stärken und den Handlungsdruck bei politischen Entscheidungsträgern und einflussreichen Akteuren aus der Zivilgesellschaft und dem Finanzsektor erhöhen. Informationsveranstaltungen, Workshops, Medienarbeit sowie gezielte Briefings in verschiedenen G20 Ländern sollen die nationale Klimadebatte über den internationalen Vergleich anregen.

Internationales Sekretariat: HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform in Kooperation mit Germanwatch e.V.

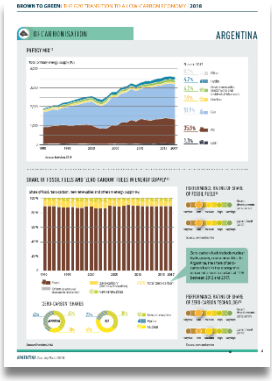
Partner 2018: Centro Clima (Brasilien), Climate Analytics (Deutschland), Energy Research Center (Südafrika), Energy Research Institute (China), Fundación Ambiènte y Recursos Naturales (Argentinien), Initiativa Climática de México (Mexiko), Institute for Essential Service Reform (Indonesien), institute for Global Environmental Strategies (Japan), Institute for Sustainable Development and International Relations (Frankreich), NewClimate Institute (Deutschland), Overseas Development Institute (Großbritannien) and The Energy and Resources Institute (Indien).

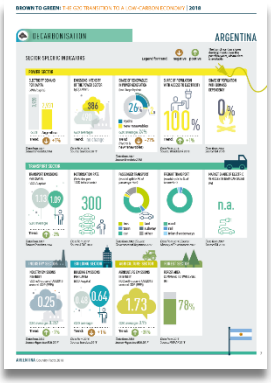
Förderer 2018: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (IKI), Climate Works Foundation, World Bank Group

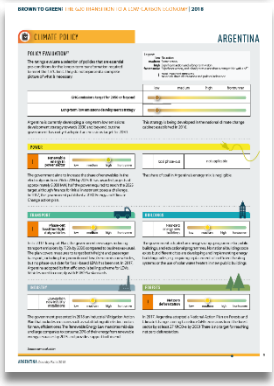
Der Brown to Green Report 2018 und dazugehörigen 20 Länderprofile sind auf unserer u.a. Webseite verfügbar.

www.climate-transparency.org

Eindrücke aus dem Brown-to-Green Bericht zur argentinischen G20-Präsidentschaft 2018:







Was hat Climate Transparency 2018 erreicht?

Der Brown to Green Report wurde in einem internationalen Launch Webinar und hochrangigen Veranstaltungen in Berlin, Beijing, Buenos Aires, Cape Town, Jakarta, Mexico City, New Delhi vorgestellt und diskutiert. Zudem wurden mehrere Briefings mit Regierungsvertretern und G20-Stakeholdern durchgeführt. 2018 wurden somit insgesamt mehr als **450 wichtige Akteure aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft gezielt erreicht**.

Mehr als **850 Medien in 36 Ländern** berichteten 2018 über den Brown to Green Report. Somit wurden zusätzlich rund **500 Millionen Menschen** für die Klima-Performance der G20 Staaten und notwendige Maßnahmen zur Limitierung der Erderwärmung informiert.

Die **Indikatoren** zur Bemessung der Klima-Performance der G20-Staaten im Brown to Green Report wurde **von 14 Partnerorganisationen weiterentwickelt**. Besonders hervorzuheben sind hierbei folgende Aktivitäten:

- Strategy & Partnerworkshop mit allen Climate Transparency Partnern und zusätzlichen Experten in Berlin, April 2018
- Recherche und Publikation des Briefing Papieres „Advancing climate action under Argentina's G20 Presidency", dass im Rahmen eines Workshops im April 2018 in Buenos Aires mit dem argentinischen Umweltministerium und Energieministerium sowie Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutiert wurde und diese auf die G20 Verhandlungen vorbereitete.
- Entwicklung von Policy Papieren mit konkreten Handlungsempfehlungen in Argentinien, Brasilien und Mexico zur Energiewende sowie in Indien, Indonesien und Südafrika zum Kohleausstieg.

2.3. Europäische Flüchtlingsintegration als kommunale Entwicklung

Der wachsende Euroskeptizismus, die mangelnde Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und die große Anzahl von Flüchtlingen, die bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, gestorben sind, zeigen, dass die EU dringend eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik verfolgen muss, die ihren europäischen Werten entspricht.

Eine Neuorganisation der Asyl- und Flüchtlingspolitik könnte der EU zudem zu einem positiven Neubeginn verhelfen, indem sie die Aufnahme von Flüchtlingen nicht als Belastung, sondern als Chance zur menschlichen Bereicherung, zum wirtschaftlichen Aufschwung und zur Linderung des demografischen Wandels begreift.

Das Projekt "Europäische Flüchtlingsintegration als gemeinsame kommunale Entwicklung" zielt darauf ab, die Flüchtlingspolitik zu dezentralisieren, indem den Kommunen, die bereits die Hauptaufgaben der Integration übernehmen, durch zusätzliche Mittel neue Freiräume und Ressourcen bereitgestellt werden. Da viele Kommunen bereit sind, Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren, sollte die Ansiedlung freiwillig sein, wobei sowohl die Interessen der Kommunen als auch die Interessen der Flüchtlinge dabei respektiert werden sollten. Gemeinden, die freiwillig Flüchtlinge aufnehmen und integrieren, sollten nicht nur die Kosten für die Aufnahme der Flüchtlinge erstattet werden, sondern auch Mittel erhalten, die sie zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur (Schulen, Verwaltung, Förderung des Handels und Handwerks) verwenden können. Dies könnte der EU auch eine größere menschliche und wirtschaftliche Vitalität verleihen, was in ihrem Interesse liegt:

- Gemeinden deren Einwohner abwandern, könnten wieder Bürgerinnen und Bürger gewinnen, die ihnen neues Leben geben, dort arbeiten und das Steuereinkommen erhöhen;
- Vorhandene Infrastrukturen, deren Schließung droht (Kindergärten, Schulen, ärztliche Versorgung, vorhandener Wohnraum, Mobilität, Handel) könnten wieder genutzt und gegebenenfalls ausgebaut werden;
- Neue kulturelle, sportliche u.a. Projekte, in denen die (Neu-)Bürgerinnen und Bürger miteinander kooperieren, könnten mehr sozialen Zusammenhalt und wieder mehr (sinnvolles) Leben in die

Kommunen bringen, die Stimmung verbessern und der weit verbreiteten diffusen Zukunftsangst entgegenwirken;

- Eine neue Stimmigkeit zwischen den proklamierten europäischen Werten und dem eigenen Handeln könnte entstehen, die das Selbstwertgefühl, das Ansehen und die Autorität der EU–Bürgerinnen und -Bürger steigert.

Dieser innovative Ansatz wurde bereits 2017 auf der eintägigen Konferenz „Relaunching Europe Bottom-Up“ vorgestellt. Basierend auf der Konferenz wurde ein Manifest mit den Teilnehmenden verabschiedet, welches die Einrichtung eines öffentlich finanzierten Fonds im nächsten Mittelfristigen Finanzrahmen der EU 2021-2027 fordert. Die Kommunen sollten einen Antrag auf diesen Fonds stellen können, um eine direkte und ganzheitliche Finanzierung für die Flüchtlingsintegration zu erhalten, und – um zusätzlich inklusiver zu sein – Mittel für die soziale Integration und wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde. Um möglichst breite Unterstützung in der Kommune zu erzielen, sollte der Antrag von Multi-Stakeholder-Beiräten aus Vertretern der Politik und Verwaltung, der organisierten Zivilgesellschaft (einschließlich Vertretern von Flüchtlingen, Sozialpartnern und Religionsgemeinschaften) und der Wirtschaft vorbereitet werden.